

## **Sessionsrückblick der Sommersession 2021**

Es waren drei intensive Sessionswochen in Bern. Im Ganzen wurden **16 Vorlagen** vom Parlament unter Dach und Fach gebracht. Gerne teile ich mit Ihnen meine Eindrücke und Gedanken dieser Sommersession 2021 in diesem Sessionsrückblick.

### **Folgende Geschäfte wurden im Nationalrat beraten (Auswahl):**

#### **Pa.lv. 19.400 (SK-SR) – Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung**

In der Sommersession 2021 wurden die letzten Differenzen zwischen Nationalrat und Ständerat bereinigt, sodass in der Schlussabstimmung ein indirekter Gegenvorschlag mit einer deutlichen Mehrheit – einzig die SVP stellte sich dagegen – angenommen wurde. Künftig müssen sich sowohl die Mitglieder des Nationalrats als auch jene des Ständerats an die neuen Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung halten. Das heisst, Beiträge an Parteien und Komitees müssen ab einer Höhe von 15'000 Franken und Kampagnengelder ab 50'000 Franken offengelegt werden. Die FDP hat sich stark für den indirekten Gegenvorschlag eingesetzt, so stammt der obsiegende Kompromissvorschlag hinsichtlich Schwellenhöhe von unserer Fraktion. Es ist zu erwarten, dass die Volksinitiative aufgrund des griffigen indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen wird.

#### **Pa.lv. 20.455 (Markwalder) – Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken pro Kind und Jahr**

Mit dieser parlamentarischen Initiative sollen neu bis zu 25'000 Franken pro Kind für familienexterne Kinderbetreuung abgezogen werden können. In der Gesamtabstimmung wurde diese Vorlage mit einer überwiegenden Mehrheit gutgeheissen, wobei wir als FDP-Fraktion unsere Kollegin geschlossen unterstützt haben. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnte der Nationalrat ab. Damit wäre die Vorlage - einmal mehr - «überladen» worden.

#### **Pa.lv. 09.503 (FDP-Liberale Fraktion) – Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen**

2009 reichte die FDP-Fraktion eine parlamentarische Initiative zur schrittweisen Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern ein. Diese parlamentarische Initiative wurde danach in zwei Vorlagen aufgeteilt, wobei jenes Geschäft mit dem Ziel zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital durch den Ständerat sistiert wurde. Der Ständerat hat im letzten Jahr auf Wunsch der zuständigen Kommission die Arbeiten wieder aufgenommen und schliesslich der Abschaffung der Emissionsabgabe zugestimmt. Es ist als grossen Erfolg für die FDP zu werten, dass sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat dieser Abschaffung in der Schlussabstimmung mit einer deutlichen Mehrheit zugestimmt haben. Dies ermöglicht eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die SP hat bereits das Referendum zu dieser Gesetzesänderung angekündigt.

#### **Mo. 19.3630 (Markwalder) – Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen**

Es freut mich ausserordentlich, dass der Nationalrat diese Motion von Christa Markwalder, die von über 100 Ratsmitgliedern mitunterschrieben wurde, mit 110 zu 76 Stimmen angenommen hat. Sie verlangt einen Wechsel von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur

Individualbesteuerung und wird nun als nächstes im Ständerat beraten. Die von den FDP-Frauen lancierte Volksinitiative [«Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung»](#) läuft parallel mit voller Kraft weiter - für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen!

### **[21.9007](#) – Aktuelle Debatte. Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU**

In der dritten Sessionswoche kam es im Nationalrat zu einer hitzigen Debatte zur Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Alle Fraktionen hatten aufgrund des Verhandlungsabbruchs durch den Bundesrat dringliche Interpellationen eingereicht. Zusätzlich hat die FDP - als einzige Fraktion - proaktiv Lösungsansätze, als 3-Säulenplan konzipiert, präsentiert. In der ersten Säule wird der Bilaterale Weg klar weiterhin als Königsweg definiert. Die FDP-Fraktion unterstützt daher den strukturierten politischen Dialog, der von Bundesrat Cassis vorgeschlagen wurde. Zudem soll eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen in Angriff genommen werden. In der zweiten Säule werden die Partnerschaften ausserhalb des europäischen Raumes thematisiert. Neue Kooperationsmöglichkeiten sollen gesucht und bestehende Partnerschaften im Freihandel, der Forschung und der Innovationsförderung sollen intensiviert werden. Die dritte Säule fokussiert sich auf das nationale Fortschrittsprogramm. Die Schweiz ist auf gute Rahmenbedingungen angewiesen, um Standortattraktivität und Wohlstand zu gewährleisten. Es ist daher essentiell sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz trotz Ablehnung des InstA erhalten bleibt.

### **[GdBr 21.026](#) – Innovationsförderung. Änderung**

In klar definierten Bereichen erhält die Innosuisse dank dieser Gesetzesänderung mehr Spielraum bei der Erfüllung ihrer Aufgabe. Als Umsetzungspartner sollen sich Unternehmen neu bei der Förderung von Innovationsprojekten durch Innosuisse mit 30 bis 50 Prozent an den Gesamtprojektkosten beteiligen, wobei Innosuisse künftig im Einzelfall auch eine höhere bzw. tiefere Beteiligung festlegen kann. Von besonderer Bedeutung ist die neue Förderung von Innovationsprojekten von Start-ups, welche Weiterbildungen, Coachings und Internationalisierungen beinhaltet. So wird der erstmalige Markteintritt von Jungunternehmen gefördert und vorbereitet. Ausserdem wurden die Reserven von Innosuisse und des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) angepasst. Der Bundesrat beantragte eine Obergrenze von 10 Prozent des jährlichen Bundesbeitrages beim SNF und des Jahresbudgets bei Innosuisse. Die FDP-Fraktion konnte sich jedoch durchsetzen, weshalb die Obergrenze auf 15 Prozent angesetzt wurde. Das Geschäft wird nun als nächstes im Ständerat beraten.

### **[Pa.lv. 19.443 \(Girod\)](#) – Erneuerbare Energien einheitlich fördern. Einmalvergütung auch für Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie**

Diese parlamentarische Initiative sieht eine Übergangslösung für die Förderung von erneuerbaren Energien (Windenergie-, Kleinwasserkraft-, Biogas-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen) ab 2023 mit einmaligen Investitionsbeiträgen vor. Dieses Vorhaben ist deshalb so wichtig, weil die aktuellen Fördersysteme (hauptsächlich die kostenorientierte Einspeisevergütung) teilweise Ende 2022 auslaufen. Mit dieser Lösung soll also verhindert werden, dass nach 2022 eine Gesetzeslücke und eine Ungleichbehandlung entsteht. Dieses Übergangsgesetz orientiert sich an der bereits geplanten grossen Revision des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes, welche vom Bundesrat als Mantelerlass in die Vernehmlassung geschickt wurde. Der Nationalrat hat diese Änderungen klar

angenommen. Nun wird der Ständerat sich mit dieser parlamentarischen Initiative auseinandersetzen. Gerne verweise ich auf mein [Votum](#) als Kommissionssprecherin.

### **Po. 19.4052 (FDP-Liberale Fraktion) – Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen**

Es ist sehr erfreulich, dass der Nationalrat das von der FDP-Fraktion eingereichte Postulat mehrheitlich angenommen hat. Der Bundesrat wird mit diesem Vorstoss beauftragt aufzuzeigen, wie, im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs, Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ausserdem soll dargelegt werden, wie die notwendige Infrastruktur für diese Mobilitätsprojekte finanziert werden können. In einem nächsten Schritt wird nun der Bundesrat einen entsprechenden Bericht verfassen.

### **Mein Highlight dieser Session**

#### **GdBr 19.050 – Stabilisierung der AHV (AHV 21)**

Es ist sehr begrüßenswert, dass der Nationalrat sich dem Ständerat angeschlossen hat, das AHV-Referenzalter der Frauen auf 65 Jahre zu erhöhen. Für mich ist jedoch klar, dass diese Rentenalterserhöhung mit angemessenen Ausgleichsmassnahmen begleitet werden muss. Daher ist es erfreulich, dass der Nationalrat dem FDP-Modell, das für 6 Jahrgänge einen Rentenzuschlag von 50 bis 150 Franken vorsieht und dabei Frauen mit tiefen Einkommen stärker unterstützt, zugestimmt hat. Im Unterschied zum Ständerat, der eine Erhöhung von 0.3 Prozentpunkte vorgesehen hat, will der Nationalrat den Mehrwertsteueransatz um 0.4 Prozentpunkte erhöhen. Bei der Flexibilisierung des Rentenbezugs hat sich der Nationalrat mit dem Ständerat geeinigt, der einen Rentenvorbezug ab 63 Jahren zulassen will. Leider obsiegte eine unheilige Allianz zwischen SVP, SP und Grüne, welche die Gewinne aus Negativzinsen der Nationalbank verwenden will, um die AHV zu stabilisieren. Da auch der Ständerat am gleichen Tag eine Motion ([18.4327](#)) mit ähnlichem Inhalt abgelehnt hat, sollte diese Massnahme aus dem Entwurf wieder gestrichen werden. Aufgrund bestehender Differenzen geht das Geschäft zurück in den Ständerat.

### **Der Tiefpunkt dieser Session**

#### **Ablehnung CO2-Gesetz**

Ich bin sehr enttäuscht über das Scheitern des CO2-Gesetzes. Diese knappe Ablehnung des hart erarbeiteten Kompromisses hinterlässt eine grosse Lücke in der Schweizer Klimapolitik. Es ist nun wichtig, dass sowohl die FDP als auch die restlichen Fraktionen vorwärtsschauen und rasch eine Neuauflage einer Revision des CO2-Gesetzes anpacken. Dazu wird zuerst jedoch eine gründliche Ursachenanalyse nötig sein. Um sicherzustellen, dass in der Zwischenzeit keine Gesetzeslücke entsteht und wichtige Massnahmen aus der bestehenden Gesetzgebung weitergeführt werden können, haben wir – initiiert von der FDP-Delegation – bereits diese Woche in der UREK-N die Grundlage für eine Übergangsgesetzgebung geschaffen. So leisten wir einen konstruktiven Beitrag, um Rechtssicherheit für die direkt betroffenen Unternehmen zu schaffen und die existierenden Bemühungen der Schweizer Klimapolitik nicht zu gefährden.

#### **Rücktritt von Petra Gössi**

Mit grossem Bedauern habe ich anfangs Woche vom Rücktrittsentscheid unserer Parteipräsidentin Petra Gössi Kenntnis nehmen müssen. Ich danke ihr herzlich für ihr enormes

Engagement in den letzten fünf Jahren und für die sehr gute und jederzeit konstruktive Zusammenarbeit.

Besten Dank für Ihr Interesse.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer!

Herzliche Grüsse  
Susanne Vincenz-Stauffacher  
Nationalrätin FDP/SG